

N

Nachfolgekandidat: in der DDR Kandidat, der bei der Wahl die gesetzlich notwendige Stimmenmehrheit erhalten hat, jedoch entsprechend der von der Tagung des zuständigen Ausschusses der Nationalen Front der DDR beschlossenen Reihenfolge auf dem Wahlvorschlag nicht gleich ein Abgeordnetenmandat erhält, weil im Wahlkreis mehr Kandidaten aufgestellt und gewählt werden, als Mandate zu besetzen sind. Wenn die Wahl eines —■ *Abgeordneten* für ungültig erklärt wird, sein Mandat erlischt oder er aus anderen Gründen vor Beendigung der Wahlperiode aus der Volksvertretung ausscheidet, entscheidet die Volksvertretung durch Beschluß über das Nachrücken eines N. Die N. werden in die Tätigkeit der Volksvertretung einbezogen, sind Mitglieder von Ausschüssen bzw. Kommissionen, bekommen Aufgaben im Wahlkreis übertragen und können sich so auf ein mögliches Nachrücken in die Abgeordnetenfunktion vorbereiten. In ihrer Tätigkeit als N. genießen sie die gleiche rechtliche Unterstützung wie die Abgeordneten, haben — mit Ausnahme des Stimmrechts und des Rechts der Einbringung von Beschlußvorlagen — identische Rechte und Pflichten.

Nachfrage —▶ *Bedarf*

Nahostkonflikt: durch imperialistisch-zionistische Kräfte herbeigeführte Spannungssituation im Nahen Osten, die sich vor allem in Aggressionsakten gegen die arabischen Völker und Staaten widerspiegelt. Ziel dieser Kräfte ist die Sicherung des imperialistischen politischen und ökonomischen Einflusses in dieser Region, die Niederhaltung der nationalen arabischen Befreiungsbewegung

(—▶ *nationale Befreiungsbewegung*), die Untergrabung und Schwächung des Ansehens der Sowjetunion und der mit ihr verbündeten sozialistischen Staaten und die Gewinnung militärstrategischer Vorteile für den Imperialismus. Im Kampf um die Lösung des N. vereint sich das Ringen um Frieden mit dem Kampf um gesellschaftlichen Fortschritt. Im —• *Friedensprogramm der KPdSU* wird die Lösung des N. als eine der vordringlichen Aufgaben im Kampf für Frieden und internationale Zusammenarbeit, für die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker hervorgehoben. Die Politik des Imperialismus im Nahen Osten, seine Unterstützung und Ausnutzung des —▶ *Zionismus* schufen seit Ende des 19. Jh. einen Spannungs- und Krisenherd in der Region, aus dem in den letzten 30 Jahren fünf Kriege erwachsen. Der erste Nahostkrieg brach am 15. 5. 1948 aus, nachdem die zionistischen Führer entgegen der von der —▶ *Organisation der Vereinten Nationen* vorgesehenen Prozedur am 14. 5. 1948 den Staat Israel proklamiert hatten. Im Ergebnis des Krieges annektierte Israel große Teile des von der UNO vorgesehenen Palästinaaates. Anstelle der 56% des Territoriums von Palästina, das für den Staat Israel vorgesehen war, okkupierte Israel Anfang 1949 fast 80% des gesamten Territoriums Palästinas, einschließlich des Westteils der Stadt Jerusalem. Es erfolgte eine Massenflucht und massenweise Vertreibung der arabisch-palästinensischen Bevölkerung. Die Annexion des West-Jordan-Gebietes durch Jordanien verhinderte die Bildung eines arabisch-palästinensischen Staates. Israel wurde nunmehr zum entscheidenden Stützpunkt der USA im Nahen Osten ausgebaut. Nach der Nationalisierung des